

Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis - Aufenthaltsgesetz (AufenthG)						Eingangsvermerke
Datenschutzrechtlicher Hinweis: Nach § 86 Aufenthaltsgesetz dürfen die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Personenbezogene Daten, deren Verarbeitung nach Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679 untersagt ist, dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.						
Einreise in das Bundesgebiet	am (Datum)	Vorhandene Aufenthaltserlaubnis	ausstellende Behörde			
	seit Geburt		Ausstellungsdatum	Gültigkeitsdauer		
1. Familienname						
gegebenenfalls Geburtsname						
2. Vorname/Vornamen						
3. Geburtsdatum						
4. Geburtsort	Staat/Bezirk					
5. Geschlecht, Augenfarbe, Größe	Geschlecht	Augenfarbe			Größe	cm
6. Staatsangehörigkeit/en	jetzige			frühere		
7. Familienstand	ledig; verheiratet	getrennt lebend	verpartnert am geschieden	verwitwet seit	Datum	
8. Gegenwärtige Anschrift	Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort					
Kontaktadresse	E-Mail/Telefon/Telefax					
9. Familienname des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners						
gegebenenfalls Geburtsname						
10. Vorname/Vornamen						
11. Geburtsdatum						
12. Geburtsort	Staat/Bezirk					
13. Staatsangehörigkeit/ Staatsangehörigkeiten	jetzige			frühere		
14. letzter Wohnort im Herkunftsland	Anschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort)					
				wird beibehalten ja nein		
15. Familienname des Kindes/ der Kinder *)	Vorname/ Vornamen	Geschlecht	Geburtsdatum, Geburtsort	Staatsangehörigkeit/en	Wohnsitz	

*) Angaben sind auch erforderlich, wenn diese Personen im Ausland verbleiben.

16. Ausweispapier (Pass/Reisedokument)	genaue Bezeichnung			ausstellender Staat	
	Seriennummer			Ausstellungsdatum	Gültigkeitsdauer
17. Rückkehrberechtigung	nach			gültig bis	
18. Frühere Anschriften	von	bis	in		
	von	bis	in		
	von	bis	in		
	von	bis	in		
	von	bis	in		
	von	bis	in		
19. Aufenthalt zu Studien- oder Ausbildungszwecken	von	bis	in	als	
	von	bis	in	als	
20. Sollen Familienangehörige nachkommen?	☐	nein	Familienname, Vorname/Vornamen, Verwandtschaftsverhältnis		
	☐	ja, wer?			
21. Wie sind Sie wohnungsmäßig unter- gebracht?	Wohnung mit		Zimmer/Zimmern,	insgesamt	m ²
22. Ist Ihr Lebensunterhalt gesichert? Beziehen Sie oder eine unterhalts- berechtigte Person Sozialleistun- gen (zum Beispiel nach SGB II, XII oder VIII)?	☐	nein	Höhe der Einkünfte		
	☐	ja	EUR		
	durch (zum Beispiel durch Erwerbstätigkeit)				
	☐	nein	wer (Familienname, Vorname/Vornamen)/Art der Leistung		
	☐	ja			
23. Haben Sie Pflichtbeiträge zur ge- setzlichen Rentenversicherung oder Aufwendungen auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung entrichtet?	☐	nein	über welchen Zeitraum?		
	☐	ja	Bezeichnung des Versicherungsträgers		
24. Besteht Krankenversicherungsschutz für die Bundesrepublik Deutschland?	☐	nein	durch		
	☐	ja			
25. Erwerbstätigkeit/Beschäftigung Arbeitgeber/Geschäftspartner	☐ als Arbeitnehmerin/Arbeitnehmer ☐ als selbstständige/r Erwerbstätige/r				
	Berufsausbildung als				
	beabsichtigte Erwerbstätigkeit				
	Firma bzw. Name, Vorname/Vornamen				
	(Anschrift) Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort				
Die für die dauernde Ausübung einer Erwerbstätigkeit erforderlichen Erlaubnisse liegen ☐ vor. ☐ nicht vor.					
Ist der Ehegatte/eingetragene Le- benspartner erwerbstätig?	☐	nein			
	☐	ja			
26. Verfügen Sie über deutsche Sprach- kenntnisse? Sind Sie in der Lage, deutsche Texte zu lesen, zu verstehen und mündlich zu wiederholen, auch diesen Antrag?	☐	nein			
	☐	ja, erworben durch			
	☐	Basis- sprachkurs	Bezeichnung des Kurses und des Instituts		
	☐	Aufbau- sprachkurs	Bezeichnung des Kurses und des Instituts		
	☐				
	☐				
	☐	Ich kann wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht an Integrationskursen teilnehmen.			

27. Haben Sie Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet?	☐ nein ☐ ja, erworben durch erfolgreiche Teilnahme an einem Orientierungskurs	Bezeichnung des Kurses und des Instituts
28. Sind Sie vorbestraft? (falls ja, Bezeichnung des Gerichts mit Angaben zum Aktenzeichen, Zeitpunkt, Tatbestand und Strafmaß)	☐ nein ☐ ja ☐ in Deutschland ☐ im Ausland	
29. Laufende Ermittlungsverfahren?		
30. Sind Sie jemals aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben oder abgeschoben worden, wurde gegen Sie eine Abschiebungsanordnung nach § 58a des Aufenthaltsgesetzes erlassen oder ist eine Einreise in das Bundesgebiet oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert worden?		
31. Sind Sie unanfechtbar als Flüchtling anerkannt?	☐ nein ☐ ja	Mitteilung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
32. Ich erkläre, dass ☐ ich die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland nicht gefährde; ich keiner Vereinigung angehöre oder angehört habe, die den Terrorismus unterstützt und keine derartige Vereinigung unterstütze oder unterstützt habe <i>und</i> ich keine in § 89a Absatz 1 des Strafgesetzbuchs bezeichnete schwere staatsgefährdende Gewalttat nach § 89a Absatz 2 des Strafgesetzbuchs vorbereite oder vorbereitet habe. ☐ ich mich zur Verfolgung politischer oder religiöser Ziele nicht an Gewalttätigkeiten beteilige/beteiligt habe oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufrufe/aufgerufen habe oder damit drohe/gedroht habe. Belehrung: § 54 Absatz 2 Nummer 8 bestimmt, dass das Ausweisungsinteresse im Sinne von § 53 Aufenthaltsgesetz schwer wiegt, wenn ein Ausländer/eine Ausländerin in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wurde, im In- und Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels gemacht hat. Der Antragsteller/die Antragstellerin ist verpflichtet, alle Angaben nach bestem Wissen und Gewissen zu machen. Sofern Angaben bewusst falsch oder unvollständig gemacht werden, kann dies zur Folge haben, dass der Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels abgelehnt wird bzw. der Antragsteller/die Antragstellerin aus Deutschland ausgewiesen werden wird, sofern ein Aufenthaltstitel bereits erteilt wurde. Durch die Unterschrift bestätigt der Antragsteller/die Antragstellerin, dass er/sie über die Rechtsfolgen falscher oder unvollständiger Angaben im Antragsverfahren belehrt worden ist. Lichtbild der antragstellenden Person Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unvollständige Angaben können den Entzug der Niederlassungserlaubnis zur Folge haben. Außerdem kann Strafanzeige gestellt werden. Mir ist bekannt, dass für die Bearbeitung des Antrages auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis eine Gebühr erhoben wird. Sie wird auch im Falle der Rücknahme des Antrages und der Versagung der Niederlassungserlaubnis nicht zurückgezahlt. Ort, Datum Eigenhändige Unterschrift		
Vorzulegende Unterlagen und Bestätigungen: ☐ Ausweispapier (Pass/Reisedokument) ☐ Einkommensnachweis (Gehaltsabrechnung der letzten drei Monate/letzter Einkommensteuerbescheid der antragstellenden Person oder des Ehegatten/eingetragenen Lebenspartners) ☐ Nachweis über Unterhaltsleistungen vom geschiedenen Ehegatten bzw. eingetragenen Lebenspartner oder durch Dritte (nur wenn nicht erwerbstätig) ☐ Versicherungsnachweis zur gesetzlichen Rentenversicherung oder zu Aufwendungen auf vergleichbare Leistungen einer Versicherungs- oder Versorgungseinrichtung ☐ Krankenversicherungsnachweis ☐ Bescheinigung über erfolgreiche Teilnahme am Basissprachkurs ☐ Bescheinigung über erfolgreiche Teilnahme am Aufbausprachkurs ☐ Bescheinigung über erfolgreiche Teilnahme am Orientierungskurs ☐ Mietvertrag/Wohnraumnachweis ☐ Arbeitsvertrag/Businessplan ☐ Schulbescheinigung bei schulpflichtigen Kindern ☐ Führungszeugnis ☐ Aufforderung zur ärztlichen Untersuchung		
Bringen Sie außerdem mit: Einen Geldbetrag in Höhe der anfallenden Gebühr.		

Stellungnahme der Meldebehörde			
Die antragstellende Person ist	☐	mit den unter Ziffer	☐
		aufgeführten Angehörigen	☐
		hier gemeldet seit	
Die Angaben	☐	stimmen mit den vorgelegten Unterlagen überein.	☐
		sind zu Ziffer	
		nicht vollständig nachprüfbar.	
Gegen die Erteilung der Niederlassungserlaubnis	☐	bestehen keine Bedenken.	☐
		bestehen Bedenken (siehe Anlage/n).	
Ort, Datum		Behörde/Unterschrift der Sachbearbeiterin/des Sachbearbeiters	

Bearbeitungsverfügung		11. AZR verständigt	
1. Antrag ist vollständig ausgefüllt	☐ ja ☐ nein	12. Anfrage bei	
2. Übereinstimmung mit Ausweispapier	☐ ja ☐ nein		Datum erledigt
3. Gültigkeit des Ausweispapiers bis	Datum		Datum erledigt
4. Einreise mit Visum	☐ ja ☐ nein		Datum erledigt
mit Zustimmung der Ausländerbehörde	☐ ja ☐ nein	13. Vorladung	Datum erledigt
sonstige Angaben zur Einreise		14. Fahndung	Datum erledigt
5. Lebensunterhalt gesichert durch		15. Ausländerakten angefordert von	
☐ eigenes Einkommen/Vermögen	☐ Erklärung nach §§ 68, 66, 37 Absatz 1 Nr. 2		Datum erledigt
6. Krankenversicherungsschutz liegt vor	☐ ja ☐ nein	16. Teilnahme am Integrationsprogramm ☐ erfolgt	
7. Zustimmung der Agentur für Arbeit erforderlich	☐ nein ☐ ja ☐ vorhanden	17. Bescheinigung über beantragte Niederlassungserlaubnis	
8. Wohnraum ausreichend	☐ ja ☐ nein	erteilt bis	Datum erledigt
9. Ehegatte/eingetragene/r Lebenspartner/in/gesetzliche/r Vertreter/in des Kindes ist im Besitz eines Aufenthaltstitels	☐ nein ☐ ja		Datum erledigt
Bezeichnung des Aufenthaltstitels, gegebenenfalls Angabe der Befristung		18. Wiedervorlage	Datum
10. BZR-Auskunft	Datum erledigt	19. Mitteilung über NE an BVA am	Datum
Ort, Datum		20. Kartei/Datei angelegt/ergänzt am	Datum
		21. Zur Ausländerakte	
		22. ☐ siehe Anlage "Arbeitsblatt"	
		Unterschrift	

Niederlassungserlaubnis für die Bundesrepublik Deutschland		wird erteilt gemäß §		Aufenthaltsgesetz.
		Seriennummer		
		Kostenfestsetzung		
		Kostenrechnungs-Nummer	Block/Blatt-Nummer	
		Rechtsgrundlage: § 69 AufenthG in Verbindung mit		
		1. Gebühr	EUR	
		2.	EUR	
		3. Bearbeitungsgebühr	EUR	
		☐ gebührenbefreit/gebührenermäßig		
		Rechtsgrundlage		
		Gesamtbetrag	EUR	

Erklärung über den Erhalt des PIN-Briefes	
Mir wurde der Brief mit der Transport-PIN, der PUK und dem Sperrkennwort zur Online-Ausweisfunktion von der Bundesdruckerei GmbH übersandt bzw. durch die Ausländerbehörde übergeben.	
☐ JA	☐ NEIN
Datum	Unterschrift

Erklärung zur Online-Ausweisfunktion	
☐ Ich möchte die Online-Ausweisfunktion nutzen . Mir ist bekannt, dass ich diese Funktion bei der zuständigen Ausländerbehörde auch nachträglich jederzeit ausschalten lassen kann.	Datum, Unterschrift
☐ Ich möchte die Online-Ausweisfunktion nicht nutzen . Mir ist bekannt, dass ich diese Funktion bei der zuständigen Ausländerbehörde auch nachträglich jederzeit gegen Gebühr einschalten lassen kann.	Datum, Unterschrift